

OA-Update/02, 06.10.2022

Russland



Mit diesem Russland-Update nehmen wir wieder unseren regelmäßigen Regional-Informationsservice auf, der in den letzten Monaten durch unsere ausführlichen Ost Ausschuss-Sanktions-Updates abgedeckt wurde. Diese werden in etwas kürzerer Form fortgeführt und richten sich gezielt an die

Sanktionsverantwortlichen in Mitgliedsunternehmen und Partnerorganisationen.

Am 21. September, gut sieben Monate nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, verkündete Präsident Putin die Teilmobilmachung. Kurz danach führte Russland in vier Gebieten im Osten und im Süden der Ukraine Scheinreferenden durch, in denen die Bevölkerung über einen Beitritt zu Russland abstimmen sollte. Am 30. September unterschrieb Präsident Wladimir Putin die Abkommen, mit denen die besetzten Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson annektiert wurden. International werden die Annexionen nicht anerkannt.

Diese beschriebenen Entwicklungen stellen eine weitere Eskalation des Krieges dar und haben gravierende Auswirkungen auf die Entscheidungen ausländischer Unternehmen in Russland. Hinweisen möchten wir Sie daher auf unsere Umfrage des Ost-Ausschusses zur Wirkung der von allen Seiten erlassenen Sanktionen sowie der letzten Entwicklungen in Russland. Wir möchten die Ergebnisse auch in die weiteren Diskussionen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einfließen lassen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns hier mit Ihrer regionalen Expertise unterstützen könnten (siehe Rubrik „Kommende Veranstaltungen“).

Hier die Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ende September, gut sieben Monate nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, führte Russland in vier Gebieten im Osten und im Süden der Ukraine **Scheinreferenden** durch, in denen die Bevölkerung über einen Beitritt zu Russland abstimmen sollte. Am 30. September unterschrieb Präsident Wladimir Putin die Abkommen, mit denen die besetzten Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson annektiert wurden. International werden die Annexionen nicht anerkannt. Die EU, die G7-Staaten, die Nato und auch Deutschland verurteilten den Schritt scharf und kündigten neue Sanktionen an. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigte als Reaktion auf die Annexionen an, einen beschleunigten Beitritt zur Nato zu beantragen.

Zuvor hatte Präsident Putin am 21. September die **Teilmobilmachung** für den Einsatz in der Ukraine verkündet. Über die Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in Russland lässt sich hier derzeit nur spekulieren. Gravierende Folgen wird die russische Wirtschaft vor allem durch den Verlust von Arbeitskräften erleiden. Die geschätzten 300.000 Personen, die im Rahmen der Mobilisierung einberufen werden könnten, entsprechen etwa 0,9 Prozent der 33,9 Millionen Männer zwischen 20 und 55 Jahren.

Darüber hinaus hat die Mobilisierung eine Welle der **Abwanderung von Fachkräften** in angrenzende Länder ausgelöst. Derzeit wird geschätzt, dass (Stand 1. Oktober) über 200.000 Männer im wehrfähigen Alter Russland seit Putins Ankündigung zur Teilmobilisierung verlassen haben. Insbesondere IT-Spezialisten verlassen das Land. Von diesen denken 30 Prozent an das Auswandern, sechs Prozent haben bereits vor der Teilmobilmachung Russland verlassen, ergab eine Umfrage der russischen Personalagentur Ventra von Mitte September. All dies wird Auswirkungen auf die Produktivität und die Verringerung der Risikobereitschaft der Unternehmen haben. Bitte beachten Sie zur Frage nach den Folgen für Unternehmen auch unsere [aktuelle Umfrage](#).

Arbeitgeber in Russland haben die **Pflicht zur Benachrichtigung und Mitwirkung bei der militärischen Mobilmachung**. Dies stellt auch ausländische Unternehmen vor weitreichende Entscheidungen und Herausforderungen. Informationen zur Rechtslage für Arbeitgeber sowie zur Frage der Möglichkeiten für Unternehmen, Mitarbeiter von der Einberufung freistellen zu lassen, finden Sie [hier](#).

Zahlreiche deutsche Unternehmen unterstützen zudem seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ihre russischen Mitarbeiter bei der Entscheidung, das Land zu verlassen. Der Ost-Ausschuss setzt sich dabei für die Verbesserung der **Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte** aus Russland ein.

Leider hat die EU zuletzt die **Beantragung von Schengenvisa** verkompliziert und eine wachsende Zahl von EU-Ländern erkennt Schengenvisa zur Einreise nicht einmal mehr an. Die Beantragung von humanitären Visa in Russland ist für Antragssteller mit besonderen Risiken verbunden. Ausreisewilligen aus Russland bleibt meist nur noch die Möglichkeit, mit Zwischenstation in einem visa-freien Drittland wie Serbien, Kasachstan, die Türkei oder Armenien in die EU auszuwandern. Flüge dorthin sind aktuell aber fast unbezahlbar geworden.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht im engen Austausch mit der Bundesregierung zum **Thema Visaerteilung für russische Bürgerinnen und Bürger**. Es ist mit Unterstützung der Bundesregierung gelungen, den Visavergabe- und Integrationsprozess etwas zu beschleunigen und ein generelles Visa-Verbot in der EU für russische Staatsbürger zu verhindern. Der Ost-Ausschuss setzt sich dafür ein, dass EU-weite Regelungen eingeführt werden, die die Ausreise und Aufnahme russischer Fachkräfte wieder vereinfachen, statt zu erschweren. [HIER](#) finden Sie ein aktuelles Statement des Ost-Ausschuss zu dieser Thematik.

Gaslecks an Nord Stream 1 und 2

Am 27. September kam es auf dänischem Gebiet südöstlich von Bornholm sowie nordöstlich in der Wirtschaftszone Schwedens und Dänemark zu **Explosionen an den beiden Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2**, woraufhin Gas durch insgesamt vier Lecks über mehrere Tage ausgetreten ist. Europäische und russische Politiker vermuten Sabotage. Russland leitete daher ein Strafverfahren wegen „internationalem Terrorismus“ und beantragte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Über die möglichen Ursachen der Schäden an den Erdgaspipelines liegen derzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Durch Nord Stream 1 hatte Gazprom bereits seit Ende August kein Gas mehr geleitet. Eine Reparatur der Pipelines vor dem Winterende ist nicht wahrscheinlich. Aus Russland kann Gas daher nur noch über die Jamal-Pipeline, die von Russland durch Belarus führt und Deutschland an der Grenze zu Polen erreicht, oder die Transgas-Pipeline durch die Ukraine, die in Deutschland an der tschechischen Grenze ankommt, nach Deutschland geleitet werden.

Die Beschädigungen an Nord Stream 1 werden nach aktuellen Prognosen die **Auffüllung west- und mitteleuropäischer Erdgasspeicher** in den nächsten zwei bis drei Jahren erschweren. Eine mögliche Reparatur würde Monate dauern. Russlands Vize-Premierminister Alexander Nowak hält es allerdings für möglich, die beiden beschädigten Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 zu reparieren, was aber erhebliche Zeit und entsprechende Mittel brauche, wie er dem russischen Staatsfernsehen mitteilte. Nach Informationen des Tagesspiegels gehen deutsche Sicherheitsbehörden davon aus, dass die Pipelines „für immer unbrauchbar“ sein werden, wenn sie nicht schnell repariert werden.

Europa ist seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine auf der Suche nach **alternativen Energiequellen**. Wie jetzt bekannt wurde, hat Aserbaidshan seine Lieferungen in die EU bereits deutlich aufgestockt. Nach Angaben des Energieministeriums in Baku werden sich die aserbaidshanischen Gaslieferungen bis Ende 2022 auf 11,5 Milliarden Kubikmeter belaufen, was 40 Prozent mehr als 2021 wären. Im Juli 2022 hatten Aserbaidshan und die EU eine Absichtserklärung über eine strategische Energiepartnerschaft unterzeichnet. Diese sieht einen Ausbau des sogenannten südliche Gaskorridors vor, dessen Kapazität mittelfristig auf 20 Milliarden Kubikmeter gesteigert werden soll.

Sanktionen

Die EU hat am 28. September ihren Vorschlag für ein **achtes Sanktionspaket** gegen Russland vorgestellt. Vor allem soll der Handel der EU mit Russland weiter eingeschränkt

werden. Kernstück des Pakets ist ein Preisdeckel auf russisches Öl. Den G7-Plänen zufolge sollen westliche Tanker nur noch russische Erdölprodukte und Rohöl transportieren dürfen, wenn das Öl unter einem bestimmten Preis gekauft wurde. Weiterhin sieht der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission weitergehende Exportverbote etwa Luftfahrtgüter, elektronische Komponenten und spezifische chemische Stoffe vor. Geplant sind weitere Importverbote für russische Güter in Höhe von sieben Milliarden Euro. So will die Kommission die Einfuhr von Stahl und Stahlprodukten, Zellstoff und Papier inklusive Toilettenpapier, Maschinen und Geräten, chemischen Zwischenprodukten, Kunststoffen und Zigaretten aus Russland stark einschränken. Unsere OA-Sanktionsupdates finden Sie [HIER](#).

Gleichzeit haben die **USA, Großbritannien und Kanada ihre Sanktionen gegen Russland verschärft**. Auf der neuen Liste des US-Finanzministeriums werden zahlreiche neue Einzelpersonen und Unternehmen aufgeführt, darunter Zentralbankchefin Elvira Nabiullina und Vize-Premierminister Alexander Novak. Die neuen Sanktionen treffen auch die Rüstungsfirma NTZ REB, den Mikroelektronikhersteller Modul sowie 57 weitere russische Unternehmen, darunter zahlreiche Forschungsinstitute wie das Kurtschatow-Institut für Atomforschung.

Seit Beginn des Krieges im Februar haben zahlreiche ausländische Unternehmen Russland verlassen. Die **Entscheidungen zum Rückzug** haben in den letzten Wochen noch einmal deutlich zugenommen. Russland hat derzeit mit einem neuen Dekret Verkäufe von russischen GmbH-Anteilen (OOO) für Gesellschafter aus Staaten, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, erschwert. Am 8. September trat **der Präsidentenerlass Nr. 618** „Über das spezielle Verfahren zur Durchführung von bestimmten Transaktionen zwischen bestimmten Personen“ in Kraft, wonach Investoren aus „unfreundlichen Staaten“ Transaktionen mit Anteilen an strategisch wichtigen russischen Unternehmen aus dem Energie- und Finanzbereich bis Jahresende nur mit Sondergenehmigung einer Regierungskommission tätigen dürfen.

Die Neuregelung erschwert insbesondere westlichen Unternehmen, die sich aus Russland zurückziehen wollen, den Verkauf ihrer Russlandtochter. Aktuell hat Präsident Wladimir Putin im Zuge dieser Entwicklungen per Dekret den Verkauf von Enel Russia, der Russland-Tochter des italienischen Energiekonzerns Enel, an den Ölkonzern Lukoil und dem Investmentfonds Gazprombank-Frezia erlaubt. Der voraussichtliche Kaufpreis liege laut der Zeitung Kommersant mit 137 Millionen Euro rund 27 Prozent unter dem geschätzten Marktwert. Enel Russia betreibt in Russland drei Gaskraftwerke und einen Windpark.

Die russische Regierung hat am 30. September ein **Einfuhrverbot für Lkw aus EU-Ländern, Norwegen, Großbritannien und der Ukraine** verhängt. Verboten sind sowohl der bilaterale Gütertransport als auch der Transit und die Einfahrt aus Drittländern, so die am vergangenen Sonnabend veröffentlichte Verordnung. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf das von diesen Ländern verhängte Einfuhrverbot für russische Laster. Das Verbot tritt am 10. Oktober in Kraft und soll bis 31. Dezember 2022 gelten. Die Verordnung mit der Nummer 2728 auf Russisch finden Sie [hier](#), weitere Informationen auf den Seiten der GTAI können Sie [hier](#) abrufen.

Nach Angaben des russischen Wirtschaftsministeriums ist das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in Russland im August um 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gefallen. Im Juli war die Wirtschaftsleistung dem Ministerium zufolge um 4,3 Prozent zurückgegangen. In den ersten acht Monaten sei das BIP um 1,5 Prozent im Jahresvergleich geschrumpft. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr schätzt das Wirtschaftsministerium auf 2,9 Prozent ein, zuvor war ging man von einem Rückgang um 4,2 Prozent aus. Laut Angaben der russischen Statistikbehörde Rosstat wuchs die Industrieproduktion in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres um 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 2023 prognostiziert das Wirtschaftsministerium einen Rückgang des BIP um 0,8 Prozent, was aber deutlich niedriger als die bisher veranschlagte Prognose sei (minus 2,7 Prozent).

Dagegen erwartet das Kieler Institut für Weltwirtschaft wesentlich stärkere Verluste der russischen Wirtschaft aufgrund der vor allem langfristig wirkenden westlichen Sanktionen. Für 2022 und 2023 prognostiziert das IfW Kiel einen Rückgang des russischen Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent (2022) und 4,9 Prozent (2023).

Ähnliche Prognosen veranschlagt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Sie geht von einem BIP-Rückgang von 5,5 Prozent in 2022 und im nächsten Jahr von 4,5 Prozent aus. Die Inflations-Prognose für Russland verbesserte die OECD für 2022 von 16,2 Prozent auf 13,9 Prozent und für 2023 von 13,3 Prozent auf 6,8 Prozent.

Gazprom hat seine Ergebnisse für Januar bis September 2022 veröffentlicht. Nach diesen Angaben wurden mit 313 Milliarden Kubikmeter über 17 Prozent weniger Gas gefördert als im Vorjahreszeitraum. Der Absatz innerhalb Russlands ging demnach um 4,1 Prozent zurück, der ins Ausland um über 40 Prozent (auf knapp 87 Milliarden Kubikmeter, was knapp 59 Milliarden Kubikmeter weniger sind). Der gestiegene Export nach China ist hierbei inbegriffen.

Im **bilateralen Handel** mit Russland brachen im ersten Halbjahr 2022 durch die Einführung weitreichender Sanktionen die deutschen Exporte nach Russland ab März massiv ein. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 sanken die deutschen Exporte um 34,5 Prozent auf nur noch 8,3 Milliarden Euro. Ein ähnlich niedriges Niveau war zuletzt 2004 registriert worden. Gleichzeitig schnellten durch die weltweite Rohstoffpreishausse die Beschaffungskosten für Rohstoffe und Energie aus Russland in die Höhe. Im ersten Halbjahr mussten dadurch für Importe aus Russland insgesamt 22,6 Milliarden Euro aufgewendet werden – ein Plus von 51 Prozent – obwohl die Einfuhren aus Russland im selben Zeitraum mengenmäßig um fast ein Viertel zurückgingen. Durch diese gegenläufigen Entwicklungen ergibt sich im Handel mit Russland ein historisch hohes Bilanzdefizit von 14 Milliarden Euro für das erste Halbjahr 2022. Zum gleichen Zeitpunkt 2021 hatte das Defizit nur bei zwei Milliarden Euro gelegen.

Im zweiten Halbjahr 2022 dürften die deutschen Exporte nach Russland weiter sinken, da Verpflichtungen aus Altverträgen inzwischen abgearbeitet sind, die Sanktionen immer

weitere Handelsbereiche betreffen und viele Unternehmen ihr Russland-Geschäft heruntergefahren haben. Allerdings ist in den kommenden Monaten auch mit signifikant sinkenden Rohstoffimporten aus Russland zu rechnen: Seit dem 10. August gilt ein Einfuhrverbot für russische Kohle, bis zum Jahresende soll auch der Import von russischem Erdöl auslaufen. Zudem hat Russland seit Juni trotz langfristig bestehender Lieferverpflichtungen den Gastransit über die Pipeline Nord Stream 1 stark reduziert und seit Ende August ganz eingestellt. Aufgrund der Gaslecks an der Pipeline wird auf absehbare Zeit kein Gas geleitet werden können.

Der **Handel mit China** dagegen hat stark zugelegt. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern von Januar bis August 2022 betrug insgesamt 117 Milliarden Dollar, 31 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die wichtigsten China-Exporte nach Russland sind Maschinen aller Art, einschließlich der Elektronik, Fahrzeuge, Chemikalien und Kunststoffe. Die russischen Exporte nach China betreffen hauptsächlich Öl und Gas. Zum langfristigen Vertrag über Gaslieferungen durch die Pipeline Sila Sibiri sind inzwischen Zusatzverträge geschlossen worden. Weiterhin ist die Pipeline Sojus Wostok geplant, die das russische Pipelinenetz durch die Mongolei mit dem chinesischen Netz verbinden soll. Ebenso hat der Export von Kohle nach China stark zugelegt. Seit dem 10. August gilt in der EU ein Importverbot für russische Kohle.

Veranstaltungsnachlese

Der Ost-Ausschuss setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es insbesondere um beschleunigte Visaverfahren. Am **15. September 2022 fand eine gemeinsame Sitzung der Ost-Ausschuss-Arbeitskreise Fachkräftesicherung und Russland** statt. Sie diente unter anderem dazu, Vorschläge von Seiten der Unternehmen zur Verbesserung der Lage zu diskutieren. Im Rahmen der Sitzung berichteten Vertreter der Bundesregierung über die Arbeit der interministeriellen Taskforce zu diesem Thema und den vier Schwerpunktthemen „Anwerbung & Matching“, „Visavergabe & Sicherheit“, „Berufliche Anerkennung“ sowie „Unterstützung von Schutzbedürftigen“. Ein weiterer wichtiger Punkt bleibt die bessere Gestaltung des Relokationsprozesses von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutscher Tochterunternehmen in Russland, die nach Deutschland übersiedeln wollen. Für diese russischen Fachkräfte, die ihre Beschäftigung in Deutschland beim selben Unternehmen fortführen möchten, bemühen sich die Visastellen der deutschen Auslandsvertretungen um eine schnelle Bearbeitung der Anträge. Zur Beschleunigung des Visaverfahrens hat die Bundesagentur für Arbeit bereits eine befristete, so genannte Globalzustimmung erteilt. Den ausführlichen Bericht finden Sie [hier](#).

Im Rahmen eines **gemeinsamen Webinars des Ost-Ausschusses, der GHA – German Health Alliance und Rödl & Partner am 22. September** informierten sich über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die aktuellen **Rahmenbedingungen für Gesundheitsunternehmen in Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion**. Im Mittelpunkt standen dabei die verschiedenen Sanktionsbeschlüsse der EU, die den

Gesundheitssektor weitgehend durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen ausklammern. Den ausführlichen Bericht finden Sie [hier](#).

Kommende Veranstaltungen

- **Umfrage zur Wirkung der Sanktionen:** Nach sieben Monaten Krieg in der Ukraine und der Verschärfung der Situation durch die Teilmobilmachung in Russland möchten wir Sie bitten, an der Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zur Wirkung der von allen Seiten erlassenen Sanktionen teilzunehmen. Zur Umfrage gelangen Sie über diesen [Link](#). Wir möchten die Ergebnisse auch in die Diskussion mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einfließen lassen. Die Ergebnisse werden allen Teilnehmern im Anschluss zur Verfügung gestellt. Ihre Angaben werden anonymisiert und Dritten nicht zur Verfügung gestellt.
- **14. Oktober 2022, 10:00-15:00 Uhr, Berlin: 5th German – East European & CIS Health Forum.** Die fünfte Ausgabe des Forums widmet sich dem Thema "Paradigm shift for the health sector? Recovery plans for Ukraine and further development of the health infrastructure in Eastern Europe" – Anmeldung [hier](#).
- **20. Oktober 2022, 13:30-18:00 Uhr, München: „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten“** - Chancenraum Osteuropa. Thematische Schwerpunkte: Lieferketten, Rohstoffe, Partner, Logistik – Anmeldung [hier](#).
- **4. November 2022, 10:00-11:30 Uhr: Online Webinar Russlandsanktionen** gemeinsam mit der Wirtschaftskanzlei GvW Graf von Westphalen – **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **24. November 2022, Hamburg: Konferenz - Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik** - Rückblick und Vorschau – Anmeldung [hier](#).
- **29. November 2022, 11:00-12:30 Uhr: Sitzung des Länderarbeitskreises Russland** – **NUR FÜR MITGLIEDER, Einladung folgt**

Tipps & Links

Aktuelle Informationen zu Wirtschaft, Branchen, Rechtslage in Russland finden Sie auf den Seiten der GTAI – Germany Trade & Invest unter der Rubrik „[Russland](#)“

Ost-Ausschuss-Update Sanktionen: Der Ost-Ausschuss informiert in einem Mail-Update regelmäßig über aktuelle Entwicklungen beim Thema Wirtschaftssanktionen mit Bezug zu den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses. Das Angebot richtet sich an alle bestehende und potenzielle Mitgliedsunternehmen sowie Partner des Ost-Ausschusses.

Bei Interesse an einer kostenlosen Aufnahme in den Mail-Verteiler melden Sie sich bitte bei: Monique Stender, m.stender@oa-ev.de

Auf unserer Website finden Sie die Sanktionsupdates [HIER](#).

Die **Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Cristina Zelenac, Tel.: 030 20 61 67-121, C.Zelenac@oa-ev.de

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).



Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167 123
C.Schuchart@oa-ev.de



Jens Böhlmann
Leiter Kontaktstelle Mittelstand / Green Deal
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-127
J.Boehlmann@oa-ev.de



Tatiana Pushina
Assistentin der Regionaldirektion Russland
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Tel.: +49 30 206167-128
T.Pushina@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)